

DER LCGB WIDERSETZT SICH GEGEN...



... die antidemokratische
und antisoziale Politik
der Regierung

Die Politik der Regierung folgt einer antidemokratischen und antisozialen Logik

Vor einem Jahr trat die heutige Regierung ins Amt. Sie hatte damals die große Erneuerung der Luxemburger Politik durch eine Verstärkung des Dialogs und der Transparenz auf ihre Fahnen geschrieben.

Heute wird zunehmend deutlicher, dass die Regierungspolitik sich genau in die entgegengesetzte Richtung der Werte, die die Regierung noch bei ihrem Amtsantritt hochgehalten hatte, entwickelt.

Die Regierung und ihre antisoziale Logik zum Nachteil der Familien

Die Politik der Regierung ist antisozial! Die Regierung bittet ohne jeden Skrupel die Familien zur Kasse, um die öffentlichen Finanzen zu sanieren, und nennt ihre Haushaltsmaßnahmen „Zukunftspaket“.

Bei ihrem Amtsantritt hatte die Regierung versprochen, sich an erster Stelle auf Sparmaßnahmen zu konzentrieren, die zu einer Senkung ihrer eigenen Ausgaben führen, bevor sie sich an den Arbeitnehmern vergreift.

Nun haben die politischen Entscheidungsträger sich vornehmlich darauf geeinigt, zahlreiche einzelne Haushaltsdefizitslösungen zu suchen, die die Ausgaben der Behörden und Verwaltungen nicht senken, sondern die ausschließlich zu Lasten der Familien gehen.

Die von der Regierung angekündigten Haushaltsmaßnahmen sind von nie dagewesener Brutalität; sie reichen bis zur Zerstörung des Luxemburger Sozialmodells und führen dazu, dass tief in die Taschen der Arbeitnehmer und Rentner gegriffen wird.

Das „Zukunftspaket“, das einseitig von der Regierung geschnürt wurde, verspricht recht düstere Zukunftsaussichten für die Familien, Beschäftigten und Rentner.

Die antisozialen Grausamkeiten der Regierung kennen keine Grenzen und belasten die Familien schwer:

- **Bedrohung der Kaufkraft** nach dem einseitigen Beschluss der Regierung, bei einer erneuten Inflationssteigerung den Index erneut zu modulieren;

- **Fehlen einer Vision für die Absicherung des Sozialversicherungssystems;**
- **Fehlen von Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit;**
- **Fehlen einer Perspektive für die Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt;**
- **Infrage stellen der Weiterbildung** durch die Streichung von Subventionen;
- **Reform der Wiederbeschäftigungshilfe zu Lasten der Arbeitnehmer** unter dem Vorwand der Missbrauchsbekämpfung;
- **Fehlen von Maßnahmen zur Existenzabsicherung von schwerkranken Arbeitnehmer;**
- **Abschaffung des Vorruhestandsregelung „préretraite-solidarité“,** eines der Hauptmittel gegen die Arbeitslosigkeit, inmitten der Wirtschaftskrise;
- **Senkung der Studienbörsen;**
- **Bestrafung von Alleinerziehenden, Schwangeren und Müttern, die sich dazu entscheiden, sich der Erziehung ihres Kindes zu widmen,** durch die Streichung der Mutterschaftszulage und der Erziehungsgeldes;
- **für die Neugeborenen, Einführung eines einheitlichen Kindergeldes,** was zu Lasten künftiger kinderreicher Familien geht;
- **Zunehmender Druck auf das Wohnungswesen und die Mieten** durch die Abschaffung des superreduzierten Mehrwertssatzes von 3 % für die Zweitwohnung (der Satz steigt nun auf 17 %!);
- **Erhöhung der Mehrwertsteuer von 2 % und Einführung des „Zukunftsbeitrages“ von 0,5 % ab dem 1. Januar 2015.** Eine zusätzliche Belastung, welche die nächste Indextranche auffrisst!

Die Regierung hat bei ihrem Amtsantritt Dialog und Transparenz angekündigt. Es gibt jedoch weder das eine noch das andere. Die Informationen über die Haushaltspolitik erfahren die Sozialpartner fast ausschließlich in den Medien. Außerdem verlaufen die Treffen zwischen der Regierung und den Sozialpartnern im Vagen oder sie werden in letzter Minute anberaunt. Sie verkommen somit zu einfachen Informationstreffen, während die Entscheidungen bereits längst gefallen sind.

Die Regierung wählt eindeutig den bequemen Weg und bürdet einseitig, mit anderen Worten ohne wirkliche vorhergehende Diskussion mit den Sozialpartnern, den Haushalten, Familien, Jugendlichen, Beschäftigten und Rentner zusätzliche Lasten auf.

Die Politik der Regierung ist eindeutig undemokratisch

Die Reform der Mitbestimmungsgesetze, mit anderen Worten die Gesetzgebung über die Vertretung der Arbeitnehmer in Betrieben, liegt dem LCGB ganz besonders am Herzen.

Die Regierung teilt diese Auffassung des LCGB nicht und will ein Gesetz abstimmen, das die demokratische Freiheit in den Betrieben in Frage stellt. Unsere politischen Verantwortlichen wollen die Meinungsvielfalt, durch die bislang die Personalvertretung ein wahrheitsgetreues Spiegelbild der Arbeitnehmer eines Betriebes abgeben konnte, zunichtemachen.

Noch schlimmer ist, dass die Regierung am 8. Oktober 2014 die Abschaffung einer ganzen Reihe von Bestimmungen beschlossen hat, die im Text des Gesetzesentwurfs nach zahlreichen Beratungen und Verhandlungen zwischen dem Arbeitsminister und den Gewerkschaften eingeflossen waren. Die Regierung handelte hier im Alleingang und fand es nicht von Nöten zuerst die Gewerkschaften hierüber ins Bild zu setzen.

Diese einseitige Entscheidung der Regierung ist gleichzusetzen mit einem Todesstoß für die Mitbestimmung in Luxemburg und führt zu folgenden Konsequenzen:

- Verschlechterung der Qualität des Sozialdialogs;
- Ausschließung der Gewerkschaften aus dem Mittelpunkt des Sozialdialogs in den Betrieben;
- kritische Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten der Minderheitsgewerkschaften (entgegen der gängigen Praxis bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen);
- Bedrohung des Gewerkschaftspluralismus über den Gesetzesweg;
- Bedrohung der gewerkschaftlichen Freiheiten durch den Bruch der Verbindung zwischen der Gewerkschaft und der Personalvertretung.

Die Gewerkschaften sind einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Ein Angriff auf die gewerkschaftlichen Freiheiten ist ein Angriff auf die demokratischen Freiheiten schlechthin.

Jede Gewerkschaft, die etwas von sich hält, muss gegen einen derartigen Gesetzesentwurf, der die demokratischen Grundsätze mit Füßen tritt und der zur Vernichtung des Sozialdialoges über den Gesetzesweg führt, ankämpfen.

Der LCGB wird auf jeden Fall dieses Vorhaben der Regierung nicht hinnehmen und mit all seinen verfügbaren Mitteln gegen die antidemokratische Logik der Regierung kämpfen.

Der LCGB lehnt diese schändliche Politik der Regierung, welche die Familien bestraft und welche die demokratischen Grundsätze mit Füßen tritt, kategorisch ab

Ein Jahr nach seinem Amtsantritt enthüllt die Regierung endlich ihre wahres Gesicht.

In ihrer Logik konzentrier sich die Regierung einzig und allein auf gesellschaftliche Reformen, da diese die einzige Gemeinsamkeit zwischen den drei politischen Parteien, die an der Macht sind, darstellen.

In dieser Logik wählen die politischen Entscheidungsträger in allen politischen Angelegenheiten den einfachsten Weg, um so Spannungen innerhalb der Koalition aus dem Weg zu gehen, rufen aber dafür soziale Spannungen innerhalb der Gesellschaft auf den Plan.

Die Opfer dieser Politik sind die Familien, welche die schwere Last einer Krise, für die sie nicht verantwortlich sind, tragen müssen. Das Prinzip der Demokratie an und für sich wird in Frage gestellt, um einer bestimmten Gewerkschaft einen Gefallen zu tun, weswegen diese die antisoziale Politik der Regierung billigt, um ihre eigenen Interessen als Organisation und nicht die der Arbeitnehmer, die sie eigentlich vertreten soll, zu verteidigen.

Der LCGB setzt sich im Namen der Arbeitnehmer ein für:

- **die Bewahrung demokratischer Grundsätze;**
- **die Bewahrung aller demokratischen Freiheiten, unter anderem das Recht der freien Wahl;**
- **das Aufhören von PR-Sitzung zwischen der Regierung und den Sozialpartnern und die Wiederbelebung eines reellen Sozialdialoges;**
- **die sofortige Einstellung der Haltung, hinter geschlossenen Türen vollendete Tatsachen zu schaffen;**
- **eine Familienpolitik, die diesen Namen verdient und nicht Schwangere oder diejenigen Frauen bestraft, die sich dazu entscheiden, sich der Erziehung ihrer Kinder zu widmen;**
- **eine solidarische und sozial gerechte Politik, die den Staatshaushalt nicht auf den Rücken der Familien saniert.**